

INTERNATIONALE FRIEDENSBRIGADEN – GUATEMALA PROJEKT

PIM – MONATLICHE INFORMATIONEN ÜBER GUATEMALA

Nummer 108, September 2012

1. NACHRICHTEN ZUR LAGE DER MENSCHENRECHTE
2. PROJEKTAKTIVITÄTEN IN GUATEMALA
 - 2.1 TREFFEN MIT GUATEMALTEKISCHEN BEHOERDEN UND DEM DIPLOMATISCHEM CORPS
 - 2.2 TREFFEN MIT ORGANISATIONEN DER ZIVILGESELLSCHAFT
 - 2.3 BEGLEITUNGEN
 - 2.4 FOLLOW-UP
 - 2.5 BEOBACHTUNGEN
3. AKTIVITÄTEN AUSSERHALB GUATEMALAS

1. AKTUELLE LAGE DER MENSCHENRECHTE

STRAFLOSIGKEIT

Protestmarsch von Ex-Militärs und ihren Angehörigen in Guatemala-Stadt

Guatemala, 10.09.2012 (PP, PL).- Die sich im Ruhestand befindlichen Militärs José Efraín Ríos Montt, Mario López Fuentes und Mauricio Rodríguez Sánchez werden des Genozids, des Verbrechens gegen die Menschheit und des Massakers von 1.771 Personen im Ixil-Gebiet, zwischen 1982 und 1983, beschuldigt. Derzeit befindet sich der Gerichtsprozess aufgrund von Rechtsklagen, die von der Verteidigung eingereicht wurden, paralyisiert.

Am 9. September realisierten pensionierte Militärs, ihre Familienangehörigen und Freunde einen Protestmarsch in der Hauptstadt, unter ihnen einst hochrangige des Heers. Sie erklärten, sie fühlten sich von den stattfindenden Prozessen provoziert und „gerichtlich verfolgt“. Sie argumentieren, dass es zu ihren Verpflichtungen zähle, wachsam zu bleiben und auf den Straßen zu marschieren, um sich Gehör zu verschaffen und sich auf diese Weise gegen die Ermittlungen, welche die Staatsanwaltschaft (MP) derzeit anstrebe, zu verteidigen. Die Protestierenden trugen Plakate bei sich mit Sätzen wie „Dank der Soldaten und nicht der Priester haben wir die Religion, die wir wollen“, „Dank der Soldaten und nicht der Dichter können wir frei sprechen.“ und „Dank der Soldaten und nicht der Journalisten haben Meinungsfreiheit“. Im Verlauf der Protestaktion trugen sie Poster vor sich her mit den Gesichtern von Édgar Gutiérrez [A.d.Ü.: politischer Berater und ehemaliger Innenminister], Iduvina Hernández [Aktivistin], Frank La Rue [Sonderberichterstatter der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte und ehemaliger Direktor des Rechtshilfezentrums CALDH], Jean Marie Simon [US-amerikanische Fotografin], Mario Roberto Morales [Schriftsteller und Dichter], Eduardo Stein [ehemaliger Innenminister], Gustavo Porras [politischer Berater und ehemaliger Regierungsbeauftragter für die Friedensverhandlungen] und Claudia Paz y Paz [Generalstaatsanwältin und Leiterin der Staatsanwaltschaft] und der Bildunterschrift: „alles Ex-Terroristen“. Einige der dargestellten Personen arbeiten in dem Bereich Menschenrechte.

Zury Ríos nahm in Solidarität mit ihrem Vater, Ríos Montt, an dem Protestmarsch teil und brachte zum Ausdruck, es gäbe viele Organisationen, die sich des internen bewaffneten Konfliktes bedient hätten, um finanzielle Mittel zu erschleichen und dass es in Guatemala keinen Genozid gegeben hätte. Die Ex-Militärs warnen davor Blockaden zu errichten, um auf diese Weise ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen. Sie sind der Meinung, dass, auch wenn es Opfer unter den einander gegenüberstehenden Kriegsparteien gab, die Armee dafür kämpfte, die Regierbarkeit des Landes wieder herzustellen. Unter den am Marsch teilnehmenden Organisationen befanden sich die Militärische Brüderlichkeit, die Vereinigung der Militärveteranen Guatemalas (AVEMILGUA) und die Vereinigung für Solidarität.

Mit Unterzeichnung der Friedensverträge 1996 wurde dem 36 Jahre währenden internen bewaffneten Konflikt ein Ende gesetzt, der nahe 250.000 Opfer hinterließ, Tote und Verschwundene. Im März 2012 wurde der ehemals bevollmächtigte Militär, Lucas Tecún, und vier Ex-PAC (paramilitärische Zivilpatrouillen), zu 7.710 Jahren Haft verurteilt, wegen des Massakers in der Gemeinde Plan Sánchez, Rabinal, Baja Verapaz, das im Juli 1982 gegen Zivilisten begangen wurde und bei dem 265 Personen exekutiert wurden.

Frauen legen vor den Gerichten Zeugnis über sexuelle Übergriffe zu Zeiten des internen bewaffneten Konflikts ab

Guatemala, 25.09.2012 (PL, EP).- Mit verdecktem Gesicht und langsamen Schrittes, ihrem fortgeschrittenen Alter geschuldet, erschien eine der ersten vier von fünfzehn Frauen vor dem Gericht. Sie erstattete Bericht über den Horror, dem sie ausgesetzt war während ihrer Gefangenschaft in dem Militärstützpunkt Sepur Zarco, im Polochic-Tal, zwischen den Departements Alta Verapaz und Izabal gelegen. Verschiedene Male stockte ihr der Atem während sie von dem Leid und den Schmerzen berichtete, die ihr durch Vergewaltigung und sexuelle Sklaverei zugefügt worden waren, und gegen die heute Mitglieder der Armee angeklagt sind. Die Frauen, die ihre Zeugenaussage machten, erinnerten an die Art und Weise, in der sie durch Offiziere und Soldaten geschändet sowie an die Handlungen, zu denen sie gezwungen wurden und das Warten während 30 Jahren, um vor Gericht diese zwischen 1982 und 1986 erlebten Taten der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Eine der Frauen, der es gelang die Truppeneinheit zu verlassen, berichtete, dass drei Soldaten sie in ihrer Wohnstätte vergewaltigten: sie kamen auf der Suche nach ihrem Ehemann -einem Bauernführer-, und als sie nicht antwortete, wo sich dieser befand, vergewaltigten sie die Frau. „Ich konnte ihnen nicht antworten, also hielten sie mir eine Waffe auf die Brust und eine zweite in den Mund, dann missbrauchten sie mich“, erklärte sie. Sie erzählte, dass es ihr gelang in die Berge zu fliehen, aber sie konnte nicht an einem festen Ort verweilen, da sie verfolgt wurde. Sie erinnerte außerdem, dass drei ihrer neun Kinder im Wald starben, weil sie nicht genügend Nahrung hatten. Eine ihrer Töchter, die zu dem Zeitpunkt schwanger war, wurde mit bloßen Händen von Soldaten ermordet. „Das, was ich erlitt, war sehr traurig und sehr schmerzhaft“, sagte sie weinend. Die Betroffene bezeugte vor dem zuständigen Richter, dass „der Blonde“ -ein befehlshabender Militär- derjenige war, der die Armee in ihre Gemeinde führte und dass dieser Mann weiterhin in Panzós, Alta Verapaz, lebe. Eine weitere unter den Zeugnis ablegenden Frauen, berichtete, dass drei Soldaten sie an einem Fluss vergewaltigten, eine Woche nachdem Militärs ihren Ehemann in einer Kirche gefangen nahmen: „Sie sagten mir, ich solle meinen Tonkrug wegwerfen, sie hielten mich mit Gewalt fest, legten eine Waffe auf meine Brust und drei Soldaten vergewaltigten mich. (...) Mein vierjähriger Sohn war bei mir, er fing an zu schreien bei dem Anblick, was die Soldaten mir antaten. Sie nahmen meinen Sohn mit auf die Finca Las Tinajas und ich sah ihn nie wieder“. „Sie ließen mich mit starken Blutungen zurück. Sie taten mir das an, weil ich verheiratet war“, erzählte die Frau während ihrer Zeugenaussage.

Lucía Morán, Direktorin der Organisation Frauen verändern die Welt, erklärte, dass es in Sepur Zarco sechs abgesonderte Abteilungen für spezielle Zwecke gab. Einige dienten als Folterzentrum, für politische Gefangene und Konzentrationslager, andere dienten der Erholung. Das der Finca San Miguel, war für die Erholung von Offizieren und Truppenmitgliedern. In diesem letztgenannten fanden die Vergewaltigungen statt, über die jetzt Zeugnis abgelegt wurde. Die ErmittlerInnen dieses Falles berichteten über 36 mutmaßliche Aggressoren, von denen einige weiterhin in der Armee tätig sind.

LAND

Das Staatssekretariat für Agrarangelegenheiten, SAA, hat 226 Landkonflikte zwischen Januar und Juni registriert

Guatemala, 04.09.2012 (PL).- Zwischen Januar und Juni kamen 226 Protokolle von Landkonflikten, die auf eine Lösung warten, zum Staatssekretariat für Agrarangelegenheiten, SAA. Damit sind dieser Institution nun insgesamt 1.214 Fälle bekannt, von denen über eine Million von LandarbeiterInnen im ganzen Land betroffen sind. Die neuen Protokolle betreffen 30.236 Personen in 14 Bezirken, welche – einem Bericht der vom SAA durchgeführten Statistik über Landkonflikte von Juli 2012 zufolge – 93.228 Hektar Land einfordern.

Jedes Jahr ist das Land Grund für Konfrontationen und Konflikten aus verschiedenen Motiven. Von den Forderungen, welche im ersten Teil des Jahres 2012 erhoben wurden, bezogen sich 192 auf Konflikte über Landrechte; in 20 Fällen geht es um besetzte Fincas, bei denen die Re-

gulierung der Landtitel aussteht; acht Fälle werden als Besetzungen des Landes interpretiert; und in sechs Fällen handelt es sich um Grenzprobleme. Der Sekretär für Agrarangelegenheiten Élmár López hob hervor, dass das SAA es dieses Jahr geschafft hat, 248 Konflikte zu lösen. Dennoch gab er zu, dass die Zahl der nicht gelösten Konflikte nicht in einem signifikanten Ausmaß abnehme, da die meisten der Anklagen strukturelle und langfristige Lösungen erfordern. In 64% der Landkonflikte besteht das Problem darin, dass "es sich um Fincas handelt, deren ArbeiterInnen auf diesen seit fast 100 Jahren gelebt haben, aber jetzt in einem Gebiet leben, das ihnen nicht gehört", erklärte López. Er legte offen, dass die Anzahl der Landforderungen bereits eine halbe Million von Familien im Land erreicht hat: "Es gibt etwa 500.000 Familien, die Land fordern; in den letzten 15 Jahren ist das Problem von etwa 20.000 von ihnen gelöst worden", sagte er. Zugleich äußerte er die Meinung, dass das große Hindernis eine Lösung für diese Problematik zu finden, darin liegt, dass diese Art von Konflikten nicht aufhörten. Und er meint, dass es eine Lösung nur langfristig geben werde, da die Entscheidung über den Verkauf der Fincas vom Willen der Eigentümer abhängt. In seinem statistischen Bericht vom Juli registriert das SAA die bislang akkumulierte Zahl von 1.214 Fällen ungelöster Landkonflikte. Im Rahmen dieser Konflikte fordern 1.000.055 LandarbeiterInnen die Rechte auf 338.935 Hektar Land in den 22 Departements des Landes ein: in El Quiché sind 330 Konflikte registriert, in Alte Verapaz 199, in Petén 151, in Huehuetenango 132 und in Izabal 115.

NEGATIVE AUSWIRKUNGEN DER GLOBALISIERUNG

FLACSO-Studie klagt Menschenrechtsverletzungen durch Bergbauprojekte an

Guatemala, 06.09.2012 (SV).- Laut der Studie "Die Bergbauindustrie in Guatemala: staatliche Politiken, Menschenrechte und Prozesse de öffentlichen Widerstands von 2003-2011", wurden Volksbefragungen nicht anerkannt und Bürgerrechte verletzt, zudem hat der Demokratisierungsprozess unter der schwachen Rechtsprechung und der bestehenden Widersprüche zum Thema Bergbautätigkeit in Guatemala gelitten. Dies ist eines der Ergebnisse der Untersuchung über die Maßnahmen der Regierungen der letzten acht Jahre, die diese zum Vorteil der Bergbau-Unternehmen und auf Kosten der Rechte der Gemeinden gestaltet haben. Die Studie erklärt, dass zwischen 2005 und 2011 58 Volksbefragungen in acht Departements durchgeführt wurden, in denen über anderthalb Millionen von Menschen ihre Ablehnung von Bergbauprojekten in ihren Gemeinden ausgedrückt haben. Keine dieser Abstimmungen wurde respektiert. "(...) Es ist die Aufgabe des Staates Volksbefragungen durchzuführen, aber er scheint nicht einmal auf die Ablehnung von über einer Million von Personen einzugehen," erläutert Simona Yagenova, eine der AutorInnen der Studie und Mitarbeiterin der Lateinamerikanischen Fakultät der Sozialwissenschaften (FLACSO). Weiter erklärt sie, dass diese staatliche Passivität ungefähr 4.685 Protestaktionen der betroffenen Gemeinden provoziert hat. Unter den in der Untersuchung erwähnten Gemeinden befinden sich San José del Golfo (Guatemala), San Miguel Ixtahuacán (San Marcos), San Rafael Las Flores (Santa Rosa) und Cerro Blanco (Jutiapa). Die Wissenschaftlerin fügt dem hinzu, dass das zu diskutierende Thema das wirtschaftliche Modell sei, welches das Land benötige: „Man sieht, dass es das Rohstoffausbeutende ist, und wenn das so ist, dann hat die Bevölkerung das Recht, ihre Meinung darüber zu äußern, ob sie es will oder nicht. Und hätte der Staat, angesichts seiner institutionellen Schwäche überhaupt die Fähigkeit, auf die möglichen Folgen dieses Modells zu reagieren?“, stellte Yagenova zur Debatte.

Soziale Organisationen klagen Angriffe gegen die Bevölkerung an, die sich gegen ein Minenprojekt in San Rafael Las Flores stellen

Guatemala, 21.09.2012 (AC).- Soziale Organisationen klagen in einer öffentlichen Stellungnahme in der Zeitung, Gewaltanwendungen, Repression und Drohungen an, die von Seiten der öffentlichen Sicherheitskräfte sowie der privaten Sicherheitskräfte des Minenunternehmens San Rafael gegen die Einwohner aus verschiedenen Munizipien des Departements Santa Rosa verübt wurden.

Die Vorfälle ereigneten sich während der Proteste der lokalen Bevölkerung, die ihr Recht auf eine Volksbefragung einforderten, die vor dem Baubeginn der Mine stattfinden sollte.

Am 17. September trafen Einheiten der nationalen Zivilpolizei (PNC), des Militärs und private Wachleute des Unternehmens im Dorf Morales, Munizip Mataquescuintla (Jalapa), ein, um eine Stromleitung für das Unternehmen zu legen. Sie waren ausgestattet mit Waffen, Granatwerfer und Gewehren. Die Sicherheitskräfte zogen sich zurück, nachdem die Nachbarn dies

beantragten, da sich bereits ein Antrag für die Durchführung einer Volksbefragung bei den zuständigen Behörden befindet.

Vertreter der Ombudsmannstelle für Menschenrechte (PDH), der Menschenrechtskommission des Präsidenten (COPREDEH), die Friedensrichterin und die Bürgermeister von Nueva Santa Rosa und Casillas trafen sich um ein Protokoll über den friedlichen Rückzug zu erstellen, jedoch wurden sie von Fremden unterbrochen, die anfangen Steine zu schmeißen und auf die Demonstranten zu schießen.

Die DorfbewohnerInnen organisierten eine neue Mobilisierung, die vom Dorf Morales startete und Richtung San Rafael Las Flores (Santa Rosa), führte, wo sich der Bergbau befindet. Damit wollten sie ihre Unzufriedenheit mit den Aktionen des Unternehmens und der Behörden ausdrücken.

Die öffentliche Stellungnahme erklärt, im Gegensatz zu dem was die nationalen Medien verbreiteten, dass die DorfbewohnerInnen nicht in die Installationen des Unternehmens eingedrungen sind. Die Gruppe wurde durch private Sicherheitskräfte, Beamte der Polizei und Militär unter Einsatz von Tränengas und Gummigeschoss, die aus dem Territorium der Mine abgeschossen wurden, vertrieben. Die Bevölkerung beobachtete die Anwesenheit von Militär-Hubschraubern, die die Mine überflogen. Die Organisationen und Umweltschutzgruppen argumentieren, dass die Bevölkerung eine friedliche Bewegung organisierte, während die Behörden die öffentlichen und privaten Sicherheitskräfte zusammengeschlossen haben, um die BürgerInnen, die eine Volksbefragung forderten, anzugreifen. Die Zivilgesellschaft forderte von dem Staat die Untersuchung der Vorfälle, das Stoppen der bewaffnete Angriffe gegen die Bevölkerung, den endgültigen Abbruch der Bergbau-Explorationslizenz und den Verzicht auf die Bau- und Betriebsgenehmigung der Mine.

Sie appellierten an die internationale Gemeinschaft, den Prozess wachsam zu beobachten, an die PDH jegliche Verletzung der grundlegenden Garantien zu beobachten und zu dokumentieren und an die anderen sozialen Bewegungen ihre Solidarität und Unterstützung zu bekunden. Das Komitee für las Leben und gegen den Bergbau aus San Rafael las Flores, der Diözesanrat für die Verteidigung der Natur in Santa Rosa (CODIDENA), das Parlament Xinka und das Kollektiv Madre Selva, sind einige der Organisationen, welche die öffentliche Stellungnahme unterzeichneten.

Organisationen fordern die Freilassung von zehn festgenommen Personen in Santa Cruz Barillas, Huehuetenango

Guatemala, 24.09.2012 (EP, SV).- Sechs Organisationen forderten die Freilassung von zehn Personen, die wegen der Unruhen am 1. Mai auf Grund der Konstruktion eines Wasserkraftwerkes in Santa Cruz Barillas (Huehuetenango) verhaftet wurden. Der Antrag wurde gestellt, drei Tage nachdem das Gericht von Santa Eulalia die Eröffnung des Gerichtsverfahrens anordnete, und zwei Tage bevor die Gerichtsverhandlung zur Präsentation der belastenden und entlastenden Beweise der Staatsanwaltschaft (MP) und der Verteidigung der Angeklagten durchgeführt wurde.

„Laut der Prozessakten, schicken sie die meisten mit nur einer gegen sie gerichteten Beschuldigung aufgrund der Vorfälle des 1. Mai, die zudem nur bis zum 14. August gemacht wurde, vor Gericht; das heißt, dass es während der drei Monate nach dem 1. Mai nicht einen einzigen Beweis gab, und dennoch blieben sie inhaftiert. Hier wurde das Recht auf Verteidigung und Unschuldsvermutung verletzt“, argumentierte der Verteidiger Carlos Bezares.

Seine Klienten, sagte er, wurden am 2. Mai von Zivilpersonen festgenommen und dann der Polizei übergeben. Die Akte beginnt erst zwei Tage später. Seiner Auffassung nach, hätten die Inhaftierten schon in den ersten drei Tagen freigelassen werden müssen, da „es nicht ein einziges Beweismittel gab“.

Quellen: Agencia Cerigua (AC), El Periódico (EP), La Hora (LH), Plaza Pública (PP), Prensa Libre (PL), Siglo Veintiuno (SV).

2. PROJEKTAKTIVITÄTEN IN GUATEMALA

Team: Ilaria Tosello (Italien), Phil Murwill (Vereinigtes Königreich), Christa Hijkoop (Niederlande), Lucía Gorosito (Argentinien/Spanien), Claudia Molina (Argentinien), Aline Herrera (Schweiz/Mexiko), Kristel Best Urday (Peru), Valdivia Moutawali (Niederlande), Raquel Rojo

Diez (Spanien) und Johannes Stiebitz (Deutschland) .

2.1 GESPRÄCHE MIT GUATEMALTEKISCHEN BEHÖRDEN, DEM DIPLOMATISCHEM CORPS UND INTERNATIONALEN INSTITUTIONEN

Die Treffen mit nationalen und internationalen Autoritäten sind ein wichtiges Instrument für die Arbeit von PBI, um diesen unsere Ziele und Einzelheiten unserer Arbeit mitzuteilen. Bei diesen Zusammenkünften äußern wir in begründeten Fällen auf zurückhaltende Weise unsere Besorgnis über kritische Situationen, über die wir aus erster Hand durch unsere Arbeit vor Ort Kenntnis bekommen haben.

Guatemaltekeische Autoritäten

- Jacobo Gramajo, stellvertretender Delegierter für die Zentralregion in der Menschenrechtskommission des Präsidenten (COPREDEH), Guatemala-Stadt.
- Erick de León, Óscar Escobar und Alan Burbano, Direktor, stellvertretender Direktor bzw. Einsatzleiter der Generaldirektion für Sicherheit und Straßenschutz (PROVIAL), Guatemala-Stadt.
- Enrique Pérez, Assistent in der Menschenrechtsombudsstelle (PDH), Nebaj, El Quiché.
- Paulina de León, stellvertretende Delegierte für die Ixil-Region, COPREDEH, Nebaj, El Quiché.
- Clemente Ordóñez, Vorsteher der indigenen Gemeinde von Chiul, Chajul, El Quiché.

2.2 TREFFEN MIT ORGANISATIONEN DER ZIVILGESELLSCHAFT

Das Team vor Ort trifft sich regelmäßig mit Organisationen der Zivilgesellschaft, um sich über die Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen auf dem Laufenden zu halten, sich gegenseitig über die eigene Arbeit zu informieren und Informationen für interne Analysen der politischen Lage zu sammeln.

Organisationen und Personen der guatemaltekeischen Zivilgesellschaft

- Carmela Curup, Anwältin, Verein der Maya-Anwälte und Notare, San Juan Sacatepéquez, Guatemala.
- Lolita Chávez, Mitglied des Rates der Völker von K'iché (CPK), Santa Cruz del Quiché, El Quiché.
- Domingo Tum, Mitglied der Koordination der Gemeinden von Sacapulas im Widerstand und in Verteidigung der Naturgüter und der Umwelt, Sacapulas, El Quiché.
- Padre Juan Antonio, Pfarrgemeinde von Sacapulas, El Quiché.
- Mitglieder des Rechtshilfezentrums (CALDH), Nebaj, El Quiché.
- Mitglieder des Kollektivs Madre Selva, Guatemala Stadt.
- Mitglieder des Frauensektors, Guatemala Stadt.

Soziale Organisationen und internationale Organisationen

- Koordination der Internationalen Begleitung in Guatemala (ACOGUATE), Guatemala-Stadt.
- Forum Internationaler Nichtregierungsorganisationen (FONGI), Guatemala-Stadt.
- Julie Dubé-Gagnon, Büroleiterin der Anwälte ohne Grenzen (ASF) Kanada in Guatemala, Guatemala-Stadt.

2.3 BEGLEITUNGEN

Nationale Koordinierung der Witwen Guatemalas, CONAVIGUA

Im September standen wir im regelmäßigen Kontakt mit Mitgliedern von CONAVIGUA durch häufige Besuche des Büros in Guatemala-Stadt, Telefonate und Treffen.

***Hintergrund:** Im Rahmen ihrer Arbeit für historische Erinnerung und Wiedergutmachung führt CONAVIGUA Exhumierungen und Beisetzungen in verschiedenen Departements, vor allem im Quiché, Chimaltenango und den Verapaces durch. Diese Prozesse führen in ländlichen Gemeinden, wo Opfer und Täter zusammen leben, zu sehr angespannten Situationen, innerhalb welcher die Frauen und Männer von CONAVIGUA bedroht werden, um so die Durchführung ihrer Arbeit zu verhindern.*

Aufgrund der Zunahme von Anfragen aus den Gemeinden, in denen CONAVIGUA arbeitet, weitete die Organisation ihre Arbeit auf das Gebiet der Rechts- und organisatorischen Beratung von Gemeinden im Prozess ihrer Selbstbestimmung aus. Unter anderem begleitet CONAVIGUA den Organisations- und Entwicklungsprozess der Volksbefragung in den Kreisen Uspantán (Quiché) und Lanquín (Alta Verapaz).

Seit August 2003 begleitet PBI die Organisation periodisch. Regelmäßige Besuche in ihrem Büro in der Hauptstadt sowie Begleitungen ihrer Mitglieder auf Reisen in die verschiedenen Departements sind Teil des internationalen Schutzes, den wir der Organisation bieten. Verschiedene Personen, die die Organisation bilden, haben aufgrund ihrer Arbeit im Jahr 2010 Morddrohungen erhalten.

Verband für den Schutz des Berges Las Granadillas, APMG.

Im September hielten wir regelmäßigen Kontakt mit dem APMG und seinen Mitgliedern durch Telefonate. Am 19. September begleiteten wir ein Mitglied von APMG auf seiner Reise zu einem Treffen des Vereins mit anderen Organisationen in Las Flores, Jocotán (Chiquimula). Der Verein setzt seine Arbeit, den Berg Las Granadillas zum Schutzgebiet zu erklären, fort.

Hintergrund: Der Verein wurde im Jahr 2003 im Departement Zacapa gegründet, um das Ökosystem des Berges Las Granadillas schützen. Dort sind die wichtigsten Wasservorkommen und die größte Biodiversität der Region zu finden. Die lokale Bevölkerung hat dort außerdem verschiedene Probleme identifiziert: massiver Holzabbau, illegale Abholzung, große Ausbreitung privater Flächen für Viehzucht und Monokulturen, Entwaldung und die Behinderung des Zugangs zu Wasserquellen. Sie bekommen Unterstützung von der Lutherischen Kirche Guatemalas (ILUGUA), insbesondere vom für die Region zuständigen Pfarrer **José Pilar Álvarez Cabrera** und vom Kollektiv Madre Selva. Eine der Ziele des Vereins ist es, das Gebiet zu einem offiziellen Schutzgebiet zu erklären. Allerdings stellen die unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen im Gebiet Las Granadillas eine Gefahr für die Arbeit der APMG dar. Die Mitglieder der Organisation haben verschiedene Arten von Verfolgungen und Drohungen erleben müssen seit sie den illegalen Holzhandel angezeigt haben und zusammen mit der Bevölkerung der **Gemeinde La Trementina** einen andauernden Prüfungsprozess über die bewilligten Lizenzen sowie die Abholzung in den privaten Fincas der Berge begannen.

Wir begleiten den APMG seit August 2008 und beobachten seitdem den Dialog an dem staatliche Behörden und private Akteure teilnehmen. Anfang 2009 und Ende 2010 führte der permanente Konflikt zwischen den Besitzern der Privatfincas und der Bevölkerung von La Trementina, sowie APMG in strafrechtliche Prozesse gegen Mitglieder des Vereins und der Gemeinde aufgrund erstatteter Anzeigen, unter anderem von Juan José Olavarrueth, dem Besitzer der Finca Tachoró. In beiden Fällen hingen die Anklagen mit der Arbeit zum Schutz des Berges, welche APMG ausführt zusammen. Ebenfalls in beiden Fällen wurde die Gerichtsverhandlung in der ersten Anhörung vor dem Richter eingestellt. Neun Personen (drei in 2009 und acht in 2010) sahen sich von den Anklagen ohne Grundlage betroffen. José Pilar Álvarez Cabrera bekam während dieser Konflikte Morddrohungen und wurde Opfer von Verleumdungen in lokalen Medien.

Aus diesem Grund haben wir zwischen Oktober 2010 und April 2011 das internationale Unterstützernetzwerk von PBI außerhalb Guatemalas aktiviert.

Verein der indigenen Frauen von Santa María Xalapán (AMISMAXAJ)

Im September hatten wir regelmäßigen Kontakt mit Mitgliedern von AMISMAXAJ durch Telefongespräche und einem Treffen in ihrem Büro in Mixco (Guatemala). In der Verfolgung von acht Fällen von physischer und psychischer Gewalt gegen Frauen hat die Organisation diese Anzeigen vor der Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz vorgetragen. AMISMAXAJ hat den fünften Teil des feministischen Seminars durchgeführt. Es behandelt verschiedene Themen im Zusammenhang mit der Verteidigung von Gebiet und Körper.

Hintergrund: AMISMAXAJ wurde im Februar 2004 als Verein von Arbeiterinnen in der Region von Jalapa gegründet und im Juni des gleichen Jahres in den Frauensektor integriert. AMISMAXAJ besteht aus 75 weiblichen Führungspersönlichkeiten, welche 15 Xinca-Gemeinden des Berges Santa María Xalapán (Jalapa) vertreten. Die Arbeit von AMISMAXAJ findet gegenwärtig auf lokaler, departementaler und nationaler Ebene statt,

und verfolgt einen politischen Ansatz gegen jegliche Form von patriarchalischer, neoliberaler, rassistischer, homo- und lesbophober Unterdrückung. Sie haben territoriale und nationale strategische Allianzen für den Antrieb ihrer politischen Aktionen aufgebaut. Der Verein arbeitet in der Region von Jalapa aktiv in der Verteidigung von Frauenrechten, der Wiederbelebung ihrer ethnischen Xinka-Identität und der Verteidigung von Land und Territorium. Insbesondere entwickeln sie eine aktive Arbeit in der Verteidigung der natürlichen Ressourcen und gegen die Aktivitäten und Pläne der in der Region anwesenden Minen- und Ölindustrie.

Wir begleiten AMISMAXAJ seit Juli 2009. Mehrere Personen, die die Organisation bilden haben aufgrund ihrer Arbeit 2009 und 2010 schwerwiegende Morddrohungen erhalten.

Zentrale Bauernkoordination Chortí Nuevo Día

Im September hielten wir regelmäßigen telefonischen Kontakt mit Mitgliedern der CCCND. Wir beobachteten eine Versammlung in der Gemeinde Las Flores, im Munizip Jocotán (Chiquimula), auf der eine Befragung über die Landvermessung durchgeführt wurde. Am Ende der Befragung, haben alle Teilnehmenden das Protokoll unterschrieben und damit ihr Einverständnis für die Landvermessung als einen kollektiven anstatt einen individuellen Prozess erklärt. Die Mitglieder von CCCND sind weiterhin besorgt über die in diesem Monat erlebten Drohungen und Angriffe. Gemeindemitglieder, mit denen wir uns trafen, sind der Ansicht, dass diese mit ihrer Arbeit für einen kollektiven Prozess der Landvermessung im Zusammenhang stehen.

***Hintergrund:** Die Zentrale Bauernkoordination Chortí Nuevo Día, welche Mitglied der Agrarplattform ist, arbeitet in den Kreisen Camotán, Jocotán, Olopa und San Juan Hermita im Departement Chiquimula. In Koordination mit anderen lokalen Organisationen führen sie für die ländlichen Gemeinden zu den Themen Bauernökonomie, Umwelt, Rechte und Territorium Fortbildungen durch. Im Jahr 2006 hat Nuevo Día von der Existenz von Bauplänen für drei Wasserkraftwerke in zwei Kreisen erfahren: die Projekte El Puente und El Orégano im Kreis Jocotán, und das Projekt Caparjá im Kreis Camotán. Alle drei Projekte sind Teil des größeren Projektes des Systems der elektrischen Vernetzung für die zentralamerikanischen Länder (SIEPAC). Als Teil ihrer Arbeit hat der Verein den Gemeinden im Gebiet Information zukommen lassen, und Raum für Evaluierungen und Analyse der Auswirkungen auf die Umwelt und lokale Wirtschaft dieser Projekte und anderer im Gebiet geplanter Projekte gefördert. Sie haben die gleiche Aufklärungsarbeit durchgeführt hinsichtlich des Projekts „Technologischer Korridor“ (Corredor Tecnológico), welches bis 2015 die Atlantikküste von El Salvador mit der Pazifikküste von Guatemala verbinden möchte und einer der größten Pläne im Rahmen des Projekts Mesoamerika (Nachfolge des Plan Puebla Panamá, PPP) ist. Mitglieder von Nuevo Día haben ausgedrückt, dass das Fehlen von Informationen und Beratungen der Gemeinden von Chiquimula durch die öffentlichen Institutionen ein Anlass zu Konflikten ist.*

PBI begleitet Nuevo Día seit 2009. Mehrere Mitglieder von Nuevo Día haben Drohungen und Angriffe aufgrund ihrer Arbeit mit den Gemeinden erhalten. 2010 haben Mitglieder der Organisation Morddrohungen und Einschüchterungen von bewaffneten Unbekannten erhalten. Ebenso haben mehrere staatliche und lokale Kommunikationsmedien Erklärungen von lokalen Autoritäten veröffentlicht, die die Verantwortung von Mitgliedern von Nuevo Día und dem Chamotekischen Bauernverband an den sozialen Protesten zeigen, welche mehr Informationen über den Bau des Projekts des „technologischen Korridors“ und dessen Auswirkungen auf die Region fordern.

Q'a molo Q'i Sanjuan-Unamos Pueblos Sanjuaneros

In diesem Monat begleiteten wir die Organisation und hielten regelmäßigen Kontakt mit ihren Mitgliedern. Wir waren in Santa Fe Ocaña während ihren wöchentlichen Versammlungen präsent. Wir begleiteten Mitglieder der Organisation zur Gerichtsverhandlung in Mixco, wo der Prozess wegen Mord an Pío Turuy Chajún, Einwohner von Cruz de Ayapán geführt wird. Zwei Personen sind wegen Strafvareitelung angeklagt und befinden sich seit Januar 2012 in Untersuchungshaft. Die Mitglieder von Q'a molo Q'i San Juan informierten uns, dass die zwei vorausgegangenen Anhörungen ausgesetzt worden sind. Ebenso begleiteten wir Mitglieder der Gemeinden von San Juan Sacatepéquez zum Obersten Gerichtshof (CSJ) in Guatemala-Stadt, wo sie eine legale Eingabe präsentierten und wir beobachteten anschließend die Pressekonferenz dazu.

Hintergrund: Q'a molo Q'i Sanjuan-Unamos Pueblos Sanjuaneros (Vereinigung der Dörfer von San Juan) ist eine Organisation, welche die Anwohner von zwölf Gemeinden des Kreises San Juan Sacatepéquez, die am Kampf und für den Schutz des Gebietes und der natürlichen Ressourcen der Region teilnehmen, verbindet. Seit 2006 arbeitet die guatemaltekische Firma Cementos Progreso S.A. an dem "Projekt San Juan", welches den Bau einer Zementfabrik und eines Steinbruchs in der Finca San Gabriel Buena Vista und den Dörfern San Jose Ocaña und San Antonio las Trojes I und II beinhaltet. An diesen Unternehmungen beteiligen sich Cementos Progreso S.A. mit 80 % der Investitionen und der multinationale Schweizer Konzern Holcim mit den restlichen 20 %.

Am 13. Mai 2007 führten die **Gemeinden von San Juan Sacatepéquez** ohne die Unterstützung des Bezirks eine Volksbefragung über den Bau der Fabrik durch. Es beteiligten sich 8.950 Personen, von denen 8.946 gegen und vier für die Fabrik gestimmt haben. Obwohl der sich der Bürgermeister und der Stadtrat verpflichtet hatten, die Ergebnisse der Befragung zu berücksichtigen, bevor irgendeine Baugenehmigung erteilt wird, gehen die Arbeiten an der Fabrik weiter. Während der letzten drei Jahre haben die EinwohnerInnen von San Juan Sacatepéquez zahlreiche Menschenrechtsverletzungen und eine ausgeprägte Kriminalisierungskampagne erlitten und zur Anzeige gebracht. Der Dialogprozess, an dem sie mit verschiedenen Autoritäten und öffentlichen guatemaltekischen Institutionen teilgenommen haben, wurde ohne Ergebnisse bzgl. eines Entschlusses oder der Resolution des Konfliktes beendet (Mehr Informationen auf Spanisch und Englisch im Spezialbericht von PBI Guatemala 2010 unter folgendem Link: http://www.pbi-guatemala.org/fileadmin/user_files/projects/guatemala/files/spanish/Mujeres_Completo_ESP.pdf). Seit ihrer Anfrage im Dezember 2009 begleitet PBI Qamoló Kí Aj Sanjuani, da verschiedene Mitglieder der Organisation und der Gemeinden, die sie vertreten, von Bedrohungen und Verfolgung betroffen sind.

Gemeinderat von Cunén

Im September trafen wir uns mit verschiedenen Mitgliedern der Organisation, welche uns ihre Sorgen bezüglich der komplizierten Beziehung zwischen den Gemeinden und den lokalen Autoritäten mitteilten. Der Gemeinderat ist der Bewegung für soziale Gerechtigkeit in Cunén beigetreten, ein regionales Bündnis verschiedener sozialer Bewegungen.

Hintergrund: Am 14 Januar 2009 haben die Gemeinden des Munizips Cunén aus dem Department El Quiché einen organisierten Prozess zur Verteidigung ihres Gebiets, der natürlichen Ressourcen und der Menschenrechte während einer Versammlung, die im Munizip von Cunén stattfand, durchgeführt. Der Gemeinderat von Cunén entstand bei dieser Versammlung. Er besteht aus 22 Mitgliedern der acht Mikroregionen von Cunén. Die 22 Mitglieder wurden von ihren Gemeinden ernannt. Im Oktober 2009 organisierten sie eine Volksbefragung über die Bergbauaktivitäten und Wasserkraftwerke und allgemein zur Umsetzung von Megaprojekten, an der sich etwa 19.000 Personen aus 71 Gemeinden gegen die Aktivitäten aussprachen. PBI beobachtete den Prozess der Vorbereitung und die Ausführung der Volksbefragung und begleitet den Rat seit Februar 2010, aufgrund der Risikosituation für die Sicherheit der Akteure, die aktiv das Recht auf Land, Territorium und natürlicher Ressourcen in der Region fördern.

Abteilung zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala, UDEFEGUA.

Im September besuchten wir das Büro von UDEFEGUA in der Hauptstadt Guatemalas mehrere Male und trafen uns regelmäßig mit den Mitgliedern der Organisation. Am 13. September waren wir bei der Präsentation von zwei der von UDEFEGUA veröffentlichten Bücher präsent: „Geschichten von guatemaltekischen Menschenrechtsverteidigerinnen“ und „Handreichungen für den Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen“.

Hintergrund: Die Abteilung zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala (UDEFEGUA) wurde 2004 mit dem Ziel gegründet, die Sicherheit von MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala zu erhöhen und damit zum Schutz des Freiraums für ihre Arbeit beizutragen. Ihre Programme unterstützen bedrohte MenschenrechtsverteidigerInnen und deren Organisationen. Durch Informationen, Fortbildungen, Beobachtung der Situation und psychologischer Unterstützung beraten sie hinsichtlich Vorbeu-

gung und Reaktion gegenüber Bedrohungen und Angriffen. Zudem fördert UDEFEGUA den Schutz dieser Personen durch staatliche Institutionen und die internationale Gemeinschaft.

PBI arbeitet seit Jahren mit UDEFEGUA zusammen und hat ihnen bereits 2007 nach einer anderen Bedrohungsperiode internationale Begleitung gestellt. Mitglieder der Organisation erhielten im Mai 2009 Bedrohungen und zeigten diese bei der Staatsanwaltschaft an. Verschiedene internationale Organisationen drückten ihre Besorgnis aus und betonten, dass es sich um ein „ernstes Verfolgungsmuster handelt“. Im März 2010 zeigte UDEFEGUA die illegale Hausdurchsuchung und Manipulierung eines Fahrzeug von zwei Mitgliedern von UDEFEGUA an. Seitdem hat PBI die Begleitung der Organisation durch Besuche im Büro und regelmäßigen Treffen mit Mitgliedern der Organisation verstärkt. Die Organisation wurde von PBI auch bei ihren Reisen innerhalb von Guatemala begleitet. Diese Reisen sind notwendig um ihre Arbeit der Untersuchung und Überprüfung der Anzeigen von Angriffen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen durchzuführen.

Union der Bauernorganisationen der Verapaces, UVOC

Im September hielten wir den regelmäßigen Kontakt mit Mitgliedern der UVOC über Telefonate und häufige Treffen aufrecht. Zudem zeigten wir Präsenz in der Region: In diesem Rahmen besuchten wir den Hauptsitz der Organisation in Santa Cruz (Alta Verapaz) und die Gemeinde La Primavera. Während dieses Treffens teilten uns die AnwohnerInnen der Gemeinde ihre Sorgen über die Bedrohungen und Angriffe, welchen sie gegenwärtig ausgesetzt sind, mit.

Hintergrund: UVOC ist eine Bauernorganisation der Departements Alta- und Baja Verapaz, die vor allem in der Verteidigung von Landrechten und der Förderung des Zugangs der ländlichen Bevölkerung zu Land arbeitet, indem sie sie z.B. im Bereich der Legalisierung ihres Landes berät. Außerdem befähigen und unterstützen sie die Gemeinden, welche sich in UVOC zusammengeschlossen haben bei der Entwicklung und Organisation von Entwicklungsprojekten.

Aufgrund von Todesdrohungen, Einschüchterungen und Verfolgungen durch Unbekannte, begleiteten wir seit März 2005 den Leiter der UVOC, **Carlos Morales**. Zudem wenden wir weiterhin unsere Aufmerksamkeit auf die heikle Situation einiger ländlicher Gemeinden, die der UVOC angehören und sich im Kampf um die Erde und den Zugang zu ihr befinden.

Menschenrechtsanwalt Edgar Pérez Archila

Im September hielten wir den regelmäßigen Kontakt mit Édgar Pérez Archila über Telefonate und häufige Besuche seiner Kanzlei in der Hauptstadt Guatemalas aufrecht.

Hintergrund: Im August 2010 begannen wir den Menschenrechtsverteidiger und -anwalt Edgar Pérez Archila bei seiner Arbeit der Verteidigung der Gerechtigkeit und gegen Straflosigkeit zu begleiten. Er ist vor allem in den öffentlichen Gerichtsprozessen über die begangenen Massaker während des bewaffneten Konflikts in Guatemala und anderer Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit und Gegenwart tätig. Wir haben ihn während seiner Arbeit im Rahmen verschiedener Gerichtsprozesse begleitet, unter anderem: der Anklage des Verschwindenlassen, Folter und Mord an dem Guerillakämpfer Efraín Bámaca Velásquez im Jahr 1992; dem Massaker in der Gemeinde Las Dos Erres in 1982; dem Massaker in der Gemeinde Río Negro in 1982, sowie in den Gerichtsprozessen wegen Genozids, welche vor den guatemaltekischen Gerichten seit 2000 verhandelt werden.

Historisches Archiv der Nationalpolizei (AHPN)

Mit dem Personal des Archivs standen wir auch im Monat September in engem Kontakt durch Telefongespräche, regelmäßige Besuche des Geländes und persönliche Treffen. Zudem begleiteten wir eine interreligiöse Aktivität, welche das Archiv in Erinnerung an zwei Opfer des internen bewaffneten Konfliktes organisierte.

Das Archiv hat bis zum 30. September 2012 mehr als 15 Mio Dokumente digitalisiert. Das AHPN erhielt 7.000 Informationsanfragen und lieferte Beweismaterial für 53 Gerichtsprozesse.

Aktuelle Informationen und Aktivitäten unter <http://archivohistoricopn.org>.

Hintergrund: Das AHPN wurde im Jahr 2005 zufällig durch Personal der Menschenrechtsombudsstelle (PDH) gefunden, als sie Präventionsmaßnahmen für die Einlagerung von Sprengstoff in Einrichtungen der guatemaltekischen Sicherheitskräfte vornahmen. In einem Gebäude in der Zone 6 der Hauptstadt – welches während des internen bewaffneten Konflikts als Krankenhaus der Nationalen Polizei (PN) gebaut worden war, aber niemals als solches genutzt wurde – wurden 80 Millionen Dokumente gefunden: verlassen, aufgestapelt und in schlechtem Zustand. Es handelte sich um die historisch-administrative Dokumentation der Nationalen Polizei seit ihrer Gründung 1881 bis zu ihrer Abschaffung 1997, einer Institution deren Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen während des internen bewaffneten Konflikts durch die Kommission zur Historischen Aufklärung (CEH) bewiesen wurde. In ihrem Bericht „Guatemala – Memoria del Silencio“ stellt die Kommission fest, dass die Nationale Polizei als Einsatzkommando des Geheimdienstes der Armee eingesetzt wurde (als Fassade des G-2) und in den meisten Fällen den Befehlen der Armee unterstand. Bei diversen Gelegenheiten während der Untersuchungen der CEH leugneten die verschiedenen Staatsorgane – inkl. Innenministerium und Nationale Polizei (PN) – die Existenz von Archiven oder Dokumenten, welche die Erforschung von Menschenrechtsverletzungen ermöglichen würde.

Nach einer ersten Arbeitsphase, welche durch die PDH zur Wiederherstellung der Dokumente und zur Schaffung notwendiger Bedingungen für den öffentlichen Zugang zu den im Archiv gelagerten Dokumenten eingeleitet wurde, konzentrieren sich die Anstrengungen seit 2010 auf die Institutionalisierung des Archivs, die Suche nach politischer, rechtlicher und administrativer Gewissheit, die technische Stabilisierung des Dokumentenguts und die Schaffung von Bedingungen und Verfahrensweisen, um den öffentlichen und permanenten Zugang zu den im Archiv enthaltenen Informationen sicherzustellen.

Heute ist das AHPN Teil des Generalarchivs Zentralamerikas, Trägerschaft und Rektorat obliegen dem Kulturministerium Guatemalas. Es funktioniert ausschließlich durch Spenden und Fonds der internationalen Kooperation. Das Archiv ist ebenfalls Teil der internationalen Koalition der „Orte des Bewusstseins“, da das Gebäude, in dem sich das Archiv befindet, als geheimes Gefängnis der Nationalen Polizei während des bewaffneten Konfliktes genutzt wurde. An der Leitung, Koordination und Entwicklung des Archivs, der Rettung der Dokumente und an der Förderung des öffentlichen Zugangs zu den Informationen, beteiligen sich anerkannte Menschenrechtsaktivisten Guatemalas. Im Bereich der Konservierung, Organisation und Archivierung arbeiten 150 Personen.

Wir halten das AHPN für ein Schlüsselinstrument im Kampf gegen die Straflosigkeit, den Wiederaufbau der historischen Erinnerung und das Durchsetzen von Gerechtigkeit. Aufgrund der Bedeutung des Archivs, Beweise durch Dokumente und Sachverständigengutachten in öffentlichen Gerichtsprozessen beizutragen, um konkrete Fälle von im bewaffneten Konflikt begangenen Menschenrechtsverletzungen zu erforschen und aufzuklären und die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Verantwortlichen zu bestimmen, erachten wir es als wichtig, durch unsere Begleitung zum Schutz des Archivs beizutragen und jegliche Drohungen oder Angriffe gegen das Archiv abzuwenden.

2.4 FOLLOW UP

Wir erhalten regelmäßig Anfragen zur Begleitung von sozialen Organisationen und MenschenrechtsverteidigerInnen, die bedroht werden oder sich bedroht fühlen. Durch die internationale Begleitung versuchen wir, diese Bedrohungen zu mindern, und damit einen sichereren Freiraum für ihre Aktivitäten zu schaffen. Wenn das Risiko, die Bedrohungen und die Sicherheitsvorfälle dieser begleiteten Organisationen und Personen abgenommen hat, setzen wir die Begleitung in Form von „Follow up“ fort. Dies bedeutet, dass wir die physische Begleitung mindern, aber durch Treffen und/oder Anrufe in ihren Büros oder Arbeitsplätzen in Kontakt bleiben. Zugleich sind wir weiterhin bereit, konkreten Anfragen nachzukommen, die aus besonderen Gründen internationale Präsenz benötigen.

Folgende soziale Organisation befindet sich in der Kategorie Follow up:

Camotekischer Bauernverband

Im September standen wir mit Mitgliedern des Verbands telefonisch im regelmäßigen Kontakt und trafen uns mit einem Mitglied in der Hauptstadt. Sie teilten uns ihre Besorgnis über die Präsenz und Planung von Megaprojekten sowie über die Privatisierung von Schulen in der

Region mit. Auch betonten sie ihre Sorge um die fehlende Achtung von campesino und indigenen Organisationen durch die Autoritäten.

Hintergrund: Der Camotekische Bauernverband wurde 1988 gegründet und hat sich aus GesundheitshelferInnen und Hebammen der Gemeinde von Camotán, Departement von Chiquimula gebildet. Der Verband ist aktives Mitglied der Koordination der volkstümlichen indigenen gewerkschaftlichen und bäuerlichen Organisationen des Ostens (COPISCO). Ihr vorrangiges Ziel ist der Schutz des Lebens und der natürlichen Ressourcen, die Absicht ist menschliches Wohlbefinden und der Natur zu finden. Derzeit besteht der Verband aus 718 Mitgliedern, welche über die Einhaltung der Gesetze wachen und Verletzungen von Menschenrechten in dem Gebiet des Ostens des Landes verfolgen. Sie unterhalten eine enge Beziehung zu der zentralen Bauernkoordination Chortí Nuevo Día, mit der sie besonders zu den Themen Schutz der Erde, Landwirtschaft und die Verteidigung der Umwelt zusammenarbeiten.

Als der Verein die Baupläne der drei Wasserkraftwerke El Puente, El Orégano und Caparjá (siehe oben- Hintergrund der Zentralen Bauernkoordination Chortí Nuevo Día) und das Projekt des „Technologischen Korridors“ zur Kenntnis nahm, die Auswirkungen auf mehrere Munizipien des Departments haben, begann der Verband mit der Informationsarbeit der Gemeinden über die Auswirkungen der Megaprojekte auf die Umwelt und ihre wirtschaftliche Situation.

PBI begleitet den Verband seit 2009. Zwei seiner Mitglieder wurden im November 2010 festgenommen. Sie wurden der Straftaten „Aktivitäten gegen die innere Sicherheit der Nation“, sowie der „Teilnahme an verbotenen Treffen und Versammlungen“ beschuldigt, nachdem sie an einer öffentlichen Versammlung, welche 6 Monate (am 30. März 2010) zuvor durchgeführt wurde, teilnahmen, und an welcher sich mehr als 70 Personen beteiligt haben, um ihre Ablehnung der Pläne und Projekte der elektrischen Vernetzung der Region kundzutun. Am 2. März beobachteten wir die zweite Anhörung in Chiquimula bei der die zwei Angeklagten vor dem Gericht standen. Der Richter beschloss eine vorläufige mit Auflagen bedachte Verfahrenseinstellung wegen Geringfügigkeit (nach guatemaltekischem Recht criterio de oportunidad). Er stellte das strafrechtliche Verfahren ein und ordnete eine Strafe von 1000 Quetzales (ca. 90 Euro) jeweils, sowie die Untersagung an verbotenen Treffen und Versammlungen teilzunehmen oder sie zu unterstützen.

2.5 BEOBACHTUNGEN

PBI stellt in Guatemala internationale Beobachtung für diejenigen öffentlichen Ereignisse, für welche die guatemaltekischen sozialen Organisationen einen Bedarf gemeldet haben, um Aufmerksamkeit und internationales Interesse zu zeigen und außerhalb von Guatemala über das, was beobachtet wird, zu berichten.

Im Monat September, beobachteten wir verschiedene Aktivitäten. Wir waren als internationale BeobachterInnen in der **Anhörung zur Präsentation von Beweisen im Prozess gegen Sebastián Pérez Toma** vor einem Gericht in der Hauptstadt anwesend. Sebastián Pérez Toma wird eine Beteiligung an der zehnstündigen illegalen Festnahme des Polizisten Rodríguez Toma vorgeworfen. Dieser wurde anschließend Opfer einer außergerichtlichen Hinrichtung durch Lynchjustiz. Die Ereignisse fanden am 1. November 2009 statt. Am Schluss der Anhörung anerkannte die zuständige Richterin die Beweise und legte für den 26. November 2012 die Eröffnung der Verhandlung fest. Bis dahin muss der Angeklagte in Untersuchungshaft verbleiben.

Wir beobachteten das **Festival für „Leben, Körper und Territorium der Frauen: Wir sind alle Barrillas“** in Yalambojoch, Huehuetenango, eine Gemeinde, in welcher aus Mexiko zurückgekehrte Flüchtlinge, die als Konsequenz der Militärdiktaturen ins Exil gezwungen waren, wohnen. Auf dem Fest versammelten sich nahezu 200 Mayafrauen der chuj, kanjobales, kakchiqueles, mam, ixiles, quichés, Mestizen, Lateinamerikanerinnen und Europäerinnen. Das zentrale Anliegen des Festes lag in der Sichtbarmachung der Beziehungen zwischen den wirtschaftlich-neoliberalen Projekten, der militärischen Besetzungen der Territorien, den Landvertreibungen und der Gewalt gegen Körper und Leben von Personen, insbesondere von Frauen.



Teilnehmerinnen des Festivals "Todas somos Barrillas" im Zentralpark in Huehuetenango.

3. AKTIVITÄTEN AUSSERHALB GUATEMALAS

Die regionalen Repräsentantinnen, das Koordinationsbüro des Projektes und andere Mitglieder des Projektkomitees und des Büros des Projektes, als auch die PBI-Ländergruppen pflegen Kontakte mit zahlreichen NROs, Länderregierungen und staatlichen Organisationen, ParlamentarierInnen usw. Die Treffen helfen, das sogenannte „UnterstützerInnennetzwerk“ für das Projekt zu vergrößern und zu verstärken, ein unabdingbares Mittel für die Wirksamkeit der internationalen Präsenz von PBI in Guatemala.

Die Europarepräsentantin des Projekts traf sich am 6. September in Bonn mit Juliane Osterhaus und Friederike Brinkmeier, Direktorin bzw. Beisitzerin der Abteilung „Good Governance und Menschenrechte“ der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Am 13. September traf sie sich in Den Haag, gemeinsam mit Mitgliedern von PBI Niederlande sowie des Erkundungskomitees von PBI in Honduras (HPEC), mit dem Koordinator für Zentralamerika des niederländischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Nicolaas de Regt.

Zudem nahm sie am 26. September in Brüssel an einer Zusammenkunft des Netzwerks für Menschenrechte und Demokratie mit dem neuen EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte, Stavros Lambrinidis, teil.

PBI GUATEMALAPROJEKT

Team in Guatemala

3ª Avenida "A", 3-51, Zona 1, Ciudad de Guatemala

Telefax: (+502) 2220 1032

equipo@pbi-guatemala.org

www.pbi-guatemala.org

Projektkoordination

Rúa Mercado, 6, 4ºA, 15001 A Coruña, Galiza (Spanien)

Telefon: (+34) 881 874 772

coordinación@pbi-guatemala.org

Deutsche Übersetzung

Guatemala AG c/o PBI Deutscher Zweig e.V.

guatemala@pbi-deutschland.de

www.pbi-deutschland.de